

Bundesministerium der Justiz

Referat Bürgerliches Recht / Verfahrensrecht
Mohrenstraße 37 · 10117 Berlin

Juni 2026

Fragen zu Schutzlücken und Stellungnahme zum reformierten Betreuungsrecht (BGB und BtOG, seit 01.01.2023)

Unterstützte Entscheidung und barrierefreie Verfahren als strukturelle Schutzlücke in der praktischen Umsetzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zugrunde gelegte Definitionen

Nicht sichtbare Behinderungen sind Behinderungen, deren Beeinträchtigung und Teilhabewirkung im Alltag nicht unmittelbar erkennbar sind — bei Menschen mit psychischen, neurologischen, chronischen oder immunologischen Erkrankungen, neurodivergenten Profilen sowie Sinnes- und kognitiven Beeinträchtigungen. Kriterium ist die funktionelle Belastungsreaktion, nicht die Diagnose.

Invisible Barrieren sind chemische, soziale, sensorische oder kommunikative, nicht offenkundige Umweltbedingungen, die kumulativ eine disproportionale Belastungsreaktion auslösen.

wir vertreten Menschen mit nicht sichtbaren Behinderungen.

Das reformierte Betreuungsrecht (seit 01.01.2023) stärkt Selbstbestimmung, die Wünsche der betreuten Person und den Vorrang der Unterstützung vor Stellvertretung erheblich; § 1821 BGB verpflichtet Betreuer:innen, die Person vorrangig zu unterstützen und Vertretungsmacht nur einzusetzen, soweit erforderlich. Für Menschen mit nicht sichtbaren, fluktuierenden und kommunikationsbezogenen Behinderungen bleibt jedoch unzureichend konkretisiert, wie diese Grundsätze in Verfahren, Anhörung, Gutachten und erweiterter Unterstützung praktisch barrierefrei und vorrangig umgesetzt werden. Aus unserer Prüfung ergeben sich sechs Schutzrisiken.

Maßstab ist Art. 12 UN-BRK: Vorrang unterstützter vor ersetzender Entscheidung; rechtliche Handlungsfähigkeit darf nicht von der Entscheidungsfähigkeit abhängig gemacht werden (CRPD General Comment Nr. 1). Die Problemlage, die Präventionskaskade mit Suizid als möglichem Endpunkt und die vollständige LIORA-Architektur wurden dem Bundesministerium sowie allen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern und Fraktionsreferenten des Gesundheitsausschusses am 9. April 2026 übermittelt und müssen dem Ressort bekannt sein.

Im Zentrum stehen die folgenden Fragen; Hintergrund und Formulierungsvorschläge folgen im Anschluss.

Unsere Fragen an das Bundesministerium

1. Wie wird in der Praxis überprüft, ob Betreuer:innen ihre Pflicht aus § 1821 BGB erfüllen, vorrangig zu unterstützen und Stellvertretung nur einzusetzen, soweit erforderlich?
2. Wie wird sichergestellt, dass erweiterte Unterstützung nach § 11 BtOG Menschen mit nicht sichtbaren, fluktuierenden und kommunikationsbezogenen Behinderungen tatsächlich erreicht, bevor Betreuung eingerichtet oder ausgeweitet wird?
3. Welche Standards verhindern, dass fluktuierende Entscheidungsfähigkeit als dauerhafte Unfähigkeit missverstanden wird, statt zeit-, situations- und unterstützungsabhängig bewertet zu werden?

4. Welche Mindeststandards sichern eine barrierefreie gerichtliche Anhörung (reizarmes Setting, schriftliche Vorbereitung, Kommunikationsassistenz einschließlich Deutscher Gebärdensprache, Leichte Sprache, Pausen, Vertrauensperson, alternative Formate; Art. 13, 21 UN-BRK)?
5. Wie werden Sachverständige verpflichtet, Masking, Dissoziation, Shutdown, Fatigue und situative Belastung als Erkenntnisrisiken zu berücksichtigen?
6. Wie wird verhindert, dass Aufgabenkreise nach § 1815 BGB weiter gefasst werden, als bei fluktuierender und unterstützbarer Entscheidungsfähigkeit erforderlich?
7. Welche Beschwerde-, Überprüfungs- und Datenmechanismen zeigen, ob diese Gruppe zu spät Unterstützung erhält oder zu weitgehend fremdbestimmt wird; und werden Krisen-/Vorausverfügungen als mildere Mittel systematisch genutzt?
8. Wie wird die vom UN-Fachausschuss und vom Deutschen Institut für Menschenrechte geforderte Zugänglichkeit unterstützter Entscheidung „unabhängig von Grad der Beeinträchtigung, Kommunikationsform und finanziellen Mitteln“ für nicht sichtbare, fluktuierende Behinderungen praktisch sichergestellt?
9. Sofern eine behinderungsspezifische Prüfung nach § 44 GGO stattgefunden hat, bitten wir um Mitteilung der tragenden Erwägungen und Normverweise. Sofern sie nicht erfolgt ist, bitten wir um Nachholung vor der nächsten Evaluation des reformierten Betreuungsrechts.

Sofern die aufgeführten Schutzrisiken im Entwurf adressiert sind, bitten wir um Verweis auf die entsprechenden Normen. Die Problemlage und die beschriebenen Schutzrisiken — einschließlich der vollständigen LIORA-Architektur — wurden am 9. April 2026 übermittelt. Wir bitten ausdrücklich, diese Hinweise im weiteren Verfahren nachvollziehbar zu prüfen und zu dokumentieren.

Hintergrund und Formulierungsvorschläge

■ S = Systemisch ■ E = Erheblich ■ St = Strukturell — P = Psychisch · N = Neurologisch · C = Chronisch/Schmerz/Kognitiv · S = Sinnesbeeinträchtigungen

A — Unterstützte Entscheidung und erweiterte Unterstützung

■ **A1 § 1821 BGB; § 11 BtOG; Art. 12 UN-BRK [N·P·C]** Obwohl der Vorrang der Unterstützung gesetzlich gestärkt ist, fehlen spezifische Standards, wie unterstützte Entscheidung bei nicht sichtbaren, fluktuierenden und kommunikationsbeeinträchtigenden Behinderungen praktisch verfügbar gemacht wird. § 11 BtOG (erweiterte Unterstützung) und § 8 BtOG (Beratung der Behörde) sind als mildere Mittel vor Betreuung nicht erkennbar zuverlässig auf diese Gruppe ausgerichtet. [1]

B — Verfahren, Anhörung, Gutachten

■ **B1 FamFG-Verfahren; Art. 13, 21 UN-BRK [N·P·C·S]** Persönliche Anhörung und Sachverständigengutachten können durch fremde Räume, Zeitdruck, Mehrpersonensituation, Scham, Angst, Masking, chemische Reize und fehlende Vorbereitung verfälscht werden. Mindeststandards für reizarmes Setting, schriftliche Vorbereitung, Kommunikationsassistenz, Pausen, Vertrauensperson und alternative Formate fehlen; Art. 13 (Zugang zur Justiz) und Art. 21 UN-BRK sind einschlägig.

■ **B2 Sachverständige [N·P]** Gutachten berücksichtigen Masking, Dissoziation, Shutdown, Fatigue und situative Belastung nicht zuverlässig als Erkenntnisrisiken — mit der Folge, dass Entscheidungsfähigkeit fehlbewertet wird. Masking als soziales Kompensationsverhalten ist empirisch belegt (Hull et al., 2017) und kann reale Einschränkungen im Begutachtungstermin verdecken.

C — Erforderlichkeit, Aufgabenkreise, doppeltes Risiko

■ **C1 §§ 1814, 1815 BGB [P·N·C·S]** Bei nicht sichtbaren Behinderungen besteht ein doppeltes Risiko: zu späte Unterstützung (Bedarf wird nicht erkannt) und zu weitgehende Fremdbestimmung (Verhalten wird fehlgedeutet, Aufgabenkreise nach § 1815 zu weit gefasst). Das verlangt sowohl niedrigschwellige Unterstützung vor Betreuung als auch wirksame Kontrolle gegen überweite Aufgabenkreise und ersetzende Entscheidung.

■ **C2 Fluktuierende Entscheidungsfähigkeit [N-P]** Entscheidungsfähigkeit kann in Krise, Crash, Dissoziation oder Fatigue situativ eingeschränkt, außerhalb dieser Zustände weitgehend vorhanden sein. Erforderlich sind zeit-, situations- und unterstützungsabhängige Modelle statt pauschaler Stellvertretung, einschließlich Krisen- und Vorausplanung als mildere Mittel.

D — Governance und Daten

■ **D1 Kontrolle; Art. 4 Abs. 3, 31 UN-BRK [alle]** Beschwerde-, Überprüfungs- und Datenmechanismen, die zeigen, ob Menschen mit nicht sichtbaren Behinderungen zu spät Unterstützung erhalten oder zu weitgehend fremdbestimmt werden, fehlen; ebenso die Qualifikation von Betreuer:innen und Gutachter:innen für diese Gruppe.

Formulierungsvorschläge — zur Übernahme oder Anpassung

Vorschläge zur Übernahme oder Anpassung; Schwellenwerte bleiben politisch zu bestimmen.

- **§ 1821 BGB / § 11 BtOG:** Vor jeder ersetzenden Entscheidung sind erweiterte Unterstützung (§ 11 BtOG) und unterstützte Entscheidung verbindlich zu prüfen und für nicht sichtbare/fluktuierende Behinderungen barrierearm verfügbar zu machen.
- **Verfahren (FamFG):** Anhörung und Begutachtung sind reizarm und kommunikationsangepasst zu gestalten (Vertrauensperson, schriftliche Vorbereitung, Pausen, alternative Formate; Art. 13, 21 UN-BRK); Masking ist als Erkenntnisrisiko zu berücksichtigen.
- **Erforderlichkeit + Krisenvorsorge:** Aufgabenkreise (§ 1815 BGB) sind eng zu fassen; unterstützte Entscheidungspläne, Krisenpläne, Vorausverfügungen und Vertrauenspersonenmodelle sind als mildere Mittel systematisch zu nutzen.

Anschluss an die Fachverbände

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (Monitoring-Stelle UN-BRK) und der Deutsche Behindertenrat begleiten die Reform kritisch: Der UN-Fachausschuss erklärte das frühere Recht 2015 für unvereinbar mit der UN-BRK, begrüßte 2023 die Reform, rügte aber Zwangsmaßnahmen weiter. Unterstützte Entscheidung müsse freiwillig, strikt am Willen orientiert und unabhängig vom Grad der Beeinträchtigung, der Kommunikationsform und den finanziellen Mitteln zugänglich sein.

Diese Zugänglichkeits-Kriterien sind genau unser Punkt: Für nicht sichtbare, fluktuierende und kommunikationsbeeinträchtigende Behinderungen ist die praktische Verfügbarkeit unterstützter Entscheidung (§ 1821 BGB, § 11 BtOG) nicht gesichert.

Zur strukturellen Ursache

Wo verfügbare Unterstützung fehlt, springt Stellvertretung ein — und wird zur Entmündigung. Selbstbestimmung ist kein Restrecht, sondern der Maßstab; sie braucht barrierefreie Verfahren und verfügbare Unterstützung, nicht ersetzende Entscheidung als Normalfall. Rechte laufen leer, wenn ihre Ausübung gerade die Kommunikation und Belastbarkeit voraussetzt, die die Behinderung nimmt.

Wer Barrieren früh anerkennt, verhindert chronisches Leid und gesellschaftliche Folgekosten. Wer sie ignoriert, produziert sie. Die Lösungen existieren. Die Evidenz existiert. Die völkerrechtliche Verpflichtung existiert.

Wir bitten um Berücksichtigung und um ein Hintergrundgespräch.

Studien und Quellen

Vollständige Angaben mit DOI, Studiendesign und Qualitätsbewertung; gekennzeichnet nach direktem Evidenzbeleg vs. plausibler Übertragung auf den Gesetzeskontext.

[1] UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2014). Allgemeine Bemerkung Nr. 1 zu Art. 12 (gleiche Anerkennung vor dem Recht), CRPD/C/GC/1.

Design: Offizielle Auslegung des UN-Vertragsorgans | Qualität: Sehr hoch. Direkte Evidenz: Vorrang unterstützter Entscheidungsfindung vor ersetzender Entscheidung; rechtliche Handlungsfähigkeit ist nicht von der Entscheidungsfähigkeit abhängig zu machen. Übertragung: stützt Betreuungsrecht (Art. 12).

[2] Hull, L. et al. (2017). Social Camouflaging in Adults with Autism Spectrum Conditions. JADD, 47(8), 2519–2534. DOI: 10.1007/s10803-017-3166-5

Design: Qualitative Thematische Analyse, n=92; UCL & Autism Research Centre Cambridge | Qualität: Hoch — über 2.000 Zitationen. Direkte Evidenz: Masking führt zu Erschöpfung, Burnout. Übertragung: Suizidrisiko nur indirekt.

[3] UN-Fachausschuss (2023). Abschließende Bemerkungen zu Deutschland, CRPD/C/DEU/CO/2-3.

Design: Offizielles Prüfergebnis UN-Vertragsorgan | Qualität: Sehr hoch — völkerrechtlich verbindlich. Ziffer 8b (medizinisches Modell), 12c (fehlende disaggregierte Daten). Direktes Korrekturmandat.

[4] Hirvikoski, T. et al. (2016). Premature mortality in autism spectrum disorder. The British Journal of Psychiatry, 208(3), 232–238. DOI: 10.1192/bjp.bp.114.160192

Design: Populationsbasierte Kohortenstudie, n=27.122 autistische Personen vs. 2.672.185 Kontrollen; Karolinska Institutet | Qualität: Sehr hoch. Direkte Evidenz: Suizid-OR 7,55 für ASD insgesamt; OR 9,40 für ASD ohne Intelligenzminderung, OR 2,41 mit Intelligenzminderung. Übertragung: Risikohintergrund, kein direkter Normierungsbeweis.

Hinweis: Zahlen aus epidemiologischen Studien belegen Risikohintergrund; die Übertragung auf die konkrete Normlücke ist jeweils gekennzeichnet und als strukturelles, nicht kausales Einzelargument zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Rebecca Lefèvre

Leitung, Initiative Stille Stunde / gemeinsam zusammen e.V.

Sprecherin AG Neurodivergenz und neurologische Vielfalt, NaSPro

post@stille-stunde.com · www.stille-stunde.com

Fachpapiere LIORA (Vertiefung, keine externe Evidenz): KONVERA-Modell v14, FEMORA v12, PRAEVIO v3, MEDIRA, INVERSIO
https://www.stille-stunde.com/wp-content/uploads/2026/04/LIORA_Uebersicht.pdf
— gemeinsam zusammen e.V., März 2026. www.stille-stunde.com